

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Ostdeutschland zu einer der innovativsten und leistungsstärksten Regionen Europas machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ostdeutschland hat beste Chancen, eine der innovativsten und leistungsstärksten Regionen Europas zu werden. Großansiedlungen wie Tesla in Brandenburg, Intel in Sachsen-Anhalt oder Vodafone in Sachsen geben einen Vorgeschmack darauf, welche enorme Innovationsdynamik in Ostdeutschland künftig entfaltet werden kann. Dies ist zuvorderst der Verdienst der Bürgerinnen und Bürger, die seit 1990 an der Erfolgsgeschichte der ostdeutschen Länder mitgeschrieben haben. Die positive Gesamtentwicklung Ostdeutschlands seit der Wiedervereinigung gilt es nun mit ganzer Kraft fortzuschreiben. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist eine Zäsur und erfordert entschlossene Gegenmaßnahmen – mit teils tiefgreifenden Folgen auch für unser Land. Der Handlungsdruck ist hoch. Die Bundesregierung steht jetzt in der Pflicht, in Deutschland und der Europäischen Union die großen Weichenstellungen unserer Zeit vorzunehmen und damit auch nachkommenden Generationen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund war es dringend geboten, dass Bundeskanzler Scholz und die ostdeutschen Regierungschefinnen und Regierungschefs am 13. Juni 2022 auf der Insel Riems zusammengekommen sind. Der Deutsche Bundestag begrüßt die in der sog. „Riems-Erklärung“ festgehaltenen zentralen Weichenstellungen für Ostdeutschland, die es jetzt mit ganzer Kraft umzusetzen gilt. Die Bundesregierung steht im Wort, aus dem festgehaltenen Schulterschluss nun rasch Taten folgen zu lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. die Schienenverbindung nach Polen und Tschechien weiter zu verbessern und deutlich schneller als bisher geplant auszubauen sowie in Gänze eine deutliche Ausweitung der Investitionen in das Schienennetz im Osten sicherzustellen;
2. aufgrund des absehbaren Einkaufsstops von russischem Rohöl zum Jahresende die Bemühungen zu verstärken, damit eine gesicherte Versorgung der beiden Raffinerien in Leuna und Schwedt mit anderweitigem Rohöl sichergestellt und somit die Versorgungssicherheit (Ost-)Deutschlands mit Kraftstoffen gewährleistet werden kann. Für die Transformation bis zur Unabhängigkeit von russischem Rohöl brauchen die Länder Unterstützung durch den Bund;

3. die Infrastruktur an den Standorten Rostock und Lubmin, der zur Versorgung Ostdeutschlands mit Erdöl und Erdgas eine Schlüsselrolle zukommt, entsprechend der veränderten Anforderungen zügig auszubauen;
4. die Möglichkeiten des europäischen IPCEI-Mikroelektronik II zu nutzen, um Ostdeutschland als Europas führender Mikroelektronikstandort zu stärken und weiterzuentwickeln;
5. den Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) zur Stärkung der nationalen Energiesouveränität durch akzeptanz- und ausbaufördernde Maßnahmen zu beschleunigen, etwa
 - a) regionale Netzentgelte anreizkompatibel und einheitlich auszugestalten,
 - b) Bürger und Kommunen an den Erträgen benachbarter EE-Anlagen zu beteiligen,
 - c) den Eigenstromverbrauch von EE zu begünstigen,
 - d) Speicher, inkl. Pumpspeicherkraftwerke, als eigenständige Säule im Energiesystem zu verankern;
6. zügig die Einrichtung einer gemeinsamen Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland durch eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen und den Ausbau und die internationale Passfähigkeit der ostdeutschen Wasserstoffinfrastruktur bei einer sich im Aufbau befindenden internationalen Wasserstoffwirtschaft kraftvoll voranzutreiben;
7. die ostdeutschen Länder bei einer gemeinsamen Initiative zum Einsatz alternativer Kraftstoffe (E-Fuels) zu unterstützen, etwa beim Aufbau einer Produktion von strombasiertem Kerosin aus Erneuerbaren Energien (sog. PtL-Kerosin) unter Nutzung der Raffineriestandorte Leuna und Schwedt sowie des vorhandenen Pipelinenetzes, um den Flughäfen Leipzig/Halle (Luftfrachthub) und BER eine europäische Führungsrolle auf dem Weg hin zum CO₂-neutralen Luftverkehr zu ermöglichen;
8. die ostdeutschen Länder mit ganzer Kraft bei der Sicherung und Verbreiterung der Fachkräftebasis zu unterstützen, zügig einen „Fachkräftegipfel Ostdeutschland“ auszurichten und in enger Abstimmung mit den ostdeutschen Ländern eine aktive Anwerbestrategie zu erarbeiten und mit Leben zu füllen, die insbesondere im Fachkräftesegment der Schlüsseltechnologien fest verankert ist und die Attraktivität des Wirtschafts- und Innovationsstandortes Ostdeutschland für Investoren substanziell erhöht;
9. das gemeinsam mit den Ländern gefasste Ziel der Verbesserung der Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungs- und Leitungsposition mit Leben zu füllen und das von Staatsminister Schneider angekündigte Konzept für die Verbesserung der Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen auf der Ebene des Bundes nach der parlamentarischen Sommerpause vorzulegen;
10. schnellstmöglich zu prüfen und Klarheit zu schaffen, wie der Einsatz geeigneter temporärer Ausnahmeregelungen von Beschränkungen der Nahrungsmittelproduktion sowie ergänzende Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Agrarwirtschaft umgehend Anwendung finden können;
11. bis spätestens nach der Sommerpause in enger Abstimmung mit den ostdeutschen Ländern Vorschläge zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum Ostdeutschlands vorzulegen.

Berlin, den 21. Juni 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion